

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 10, Am Kölnischen Park 2.

Insertate für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 1 M.
Bergütigungsangelegenheiten und Arbeitervermittlungen 50 Pfg.
Versammlungsanzeigen 30 Pfg.

Gewerkschaftsvertreter beim Reichskanzler.

Die Tageszeitungen berichten über einen am 12. September stattgefundenen Empfang von Gewerkschaftsvertretern durch den Reichskanzler. Die Konferenz der Verbandsvorstände hatte eine Deputation beauftragt, die Forderungen der Arbeiter dem Reichskanzler mündlich vorzutragen, und dieser empfing die Gewerkschaftsvertreter im Beisein von Vertretern einer Reihe von Reichsämtern.

Sprecher der Deputation, die unter der Führung des Vorsitzenden der Generalkommission, Legien, erschien, war der Vorsitzende des Dachdecker-Verbandes, Thomas. Er wies auf die unhaltbaren Zustände auf dem Gebiet der Ernährung hin, auf den Schleichhandel und den Wucher, der auch die Preise für Kleider, Wäsche und Schuhwerk zu unerschwinglicher Höhe emporgetrieben hat. Im Hinblick auf die Unterernährung der Arbeiter verlangte er eine Einschränkung der Arbeitszeit. Dann kritisierte er die unkluge Haltung der Regierung in der Wahlrechtsfrage, er wendete sich gegen Belagerungszustand und Zensur, die auch die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften und ihrer Presse einschränken, und forderte zum Schluß eine deutliche Absage an die Alldeutschen und die Annexionspolitiker. Es müsse alles gehen, um den Krieg abzukürzen, und beim Friedensschluß dürften die internationalen sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften nicht wieder vernachlässigt werden.

Der Reichskanzler betonte in seiner Antwort, daß Reichsregierung und Heeresleitung einmütig gegen jede Eroberung seien. Er wiederholte, daß er mit dem gleichen Wahlrecht stehe und falle. Das Herrenhaus habe das verfassungsmäßige Recht zur Beratung der Wahlrechtsvorlage. Er, der Reichskanzler, weiche keinen Schritt vom gleichen Wahlrecht ab, und er sei entschlossen, sofort zur Auflösung des Abgeordnetenhauses zu schreiten, wenn eine Verständigung über das gleiche Wahlrecht zu erzielen sei. Staatssekretär Wallraf erbat sich Material über die Verhältnisse in Vereinen und Versammlungsrecht und im Genjurwesen. In der nächsten Woche fanden mit den einzelnen Generalkommandos entscheidende Besprechungen statt. Staatssekretär v. Waldow stellte die bereits angekündigte Wiederherstellung der vollen Proportionalität am 1. Oktober in Aussicht, nicht aber eine Erhöhung der Kartellfraktion, da das ungünstige Wetter die Ernte beeinträchtigt und die Transportwierigkeiten unüberwindlich seien. Staatssekretär v. Stein schilderte die Schwierigkeiten der Bekleidungsfrage. Bei den künftigen Friedensverhandlungen sollen die internationalen Arbeiterabmachungsverträge, die bei den Verhandlungen mit Rücksicht zurückgestellt, aber nicht vergessen seien, berücksichtigt werden. Der Vertreter des Kriegsamts Oberst Braun versicherte, daß die Frage der Arbeitszeitverkürzung ernsthaft geprüft würde. Sie werde überall sofort durchgeführt werden, wo es ohne Produktionsausfall möglich sei. Im Bergbau sei sie freilich gänzlich ausgeschlossen. Hierzu bemerkte der Vorsitzende der Generalkommission, Legien, daß bei den hoffnungslosen Auskünften über die Ernährungsfrage die bisherige Arbeitszeit nicht länger durchzuführen sei. Dann schloß der Reichskanzler Graf Hertling die Aussprache mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß sie nutzbringend sein möge.

In der Entsendung einer Deputation an den Reichskanzler durch die Vorstandskonferenz darf man wohl eine Wirkung der von der Städtelkonferenz unseres Verbandes beschlossenen Resolution erkennen, wenn auch vermuthlich auch andere Anregungen zu diesem Entschluß mitgewirkt haben. Es ist keineswegs das erstmal, daß der Reichskanzler die Forderungen der Arbeiter mündlich vorgetragen wurden; die Generalkommission hat sich in zahlreichen Fällen in gleicher Weise betätigt. Diesmal ist der Kreis weiter gefaßt worden, eine Reihe von Verbandsvorsitzenden haben als Beauftragte der Vorstandskonferenz die Klagen der Arbeiter an berufener Stelle zu Gehör gebracht. Leider können wir den Erfolg dieses Schrittes nicht hoch einschätzen. Auch wir hätten den Wunsch, daß die Aussprache nutzbringend gewesen sein möge. In den Schlusssätzen des Reichskanzlers, der von der Aussprache Nutzen erhofft, vermögen wir aber nichts weiter zu erblicken als eine schöne Redefloskel.

In keiner einzigen der berührten Fragen wurden Verbesserungen gemacht, die eine Besserung der Zustände, unter denen wir leiden, erhoffen lassen. Der Reichskanzler hat sich wieder einmal für den Verständigungsfrieden ausgesprochen. Es ist auch zuzugeden, daß unsere Alldeutschen unter dem Eindruck der Kriegslage zurzeit etwas kleiner geworden sind, aber eine entschiedene Absage der maßgebenden Regierungsstellen an die Annexionspolitiker haben wir bisher nicht gehört. Im Gegenüber, wir haben erst kürzlich erfahren, daß die verrückteste Annexionspropaganda von hohen Regierungsstellen eifrig gefördert wird, ohne daß der Reichskanzler diese Kreise energisch abgeschüttelt hätte. Er-

freulich ist das vom Reichskanzler der Deputation gegenüber geäußerte Wort, er hoffe zusehends, daß wir dem Frieden näher seien, als man allgemein glaube. Allerdings weiß man nicht, ob sich diese Hoffnung auf bestimmte Tatsachen gründet, oder ob es sich um einen ebenso leeren Kanzleitrost handelt wie bei den übrigen Eröffnungen, die der Deputation gemacht wurden.

In der Frage des Wahlrechts unterscheiden sich die Worte, die der Reichskanzler bei dieser Gelegenheit gebraucht hat, sehr wesentlich von der Rede, die er an der berufenen Stelle, vor der Kommission des Herrenhauses, gehalten hat. Die Herren haben aus dieser Rede den Mut geschöpft, das Volk durch die Beratung eines lächerlichen Antrages zu beleidigen, durch dessen Annahme die breite Masse noch viel gründlicher entrechtet würde als durch das Dreiklassenrecht. Statt aber dem Uebermut der preussischen Junker energisch die Zähne zu weisen, erweckt die Regierung den Anschein, als hoffe sie noch immer auf eine Verständigung. Wer in der Frage des Wahlrechts von Verständigung spricht, gibt das gleiche Wahlrecht auf. Graf Hertling hat noch zu beweisen, daß er unerschütterlich zum gleichen Wahlrecht steht. Seine Worte lassen noch mancherlei Deutung zu.

Den Besprechungen mit den Generalkommandos, die Herr Wallraf ankündigt, sehen wir ohne Hoffnung entgegen. Die Militärbehörden haben auf Grund des Belagerungszustandes weltgehende Macht, und die Regierung ist vor ihnen noch stets zurückgewichen. Daran werden auch die neuen Besprechungen nichts ändern. Zur Aufhebung des Belagerungszustandes, für dessen Aufrechterhaltung es an einer rechtlichen Grundlage ohnehin fehlt, reicht der Mut der Regierung offenbar nicht aus. Das Versprechen, daß bei den künftigen Friedensverhandlungen die internationalen Arbeiterschutzforderungen berücksichtigt werden sollen, werden wir uns merken; wir werden zu gegebener Zeit darauf zurückkommen.

Wenig tröstlich ist der Ausblick auf unsere künftigen Ernährungsverhältnisse. Die Kornrente soll um 15 Prozent besser sein als die vorjährige und die Gewährung von 1950 Gramm Brot vom 1. Oktober an gestatten. Dagegen sind die Aussichten für die Kartoffelernte weniger günstig, und eine allgemeine Verbesserung der Ernährung kann nicht in Aussicht gestellt werden. Was über die Preise der Nahrungsmittel und der sonstigen Lebensbedürfnisse und den Wucher gesagt wurde, geht aus dem Bericht nicht hervor. Jedenfalls konnten auf diesem Gebiet keine tröstlichen Aussichten eröffnet werden.

Um so notwendiger ist die Erfüllung der von unserer Städtelkonferenz aufgestellten und von den Gewerkschaftsvertretern scharf betonten Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit. Das Kriegsamtsamt will diese Frage ernsthaft prüfen. Das klingt entgegenkommend, wird aber abgeschwächt durch die folgenden Worte, wonach die Verkürzung der Arbeitszeit nur dort durchgeführt werden soll, wo es ohne Produktionsausfall möglich ist. Für den Bergbau ist die Erfüllung der Forderung von vornherein abgelehnt. Die Worte des Obersten Braun sind so, wie sie wiedergegeben werden, vieldeutig. Es hängt sehr viel von dem größeren oder geringeren Wohlwollen, mit welchem die zugesagte Prüfung vorgenommen wird, ab, ob sich daraus ein praktisches Resultat ergibt. Die Arbeiter sind durch weites Entgegenkommen der Regierung in sozialpolitischen Fragen nicht verwöhnt. Bis wir durch Tatsachen eines Besseren belehrt werden, haben wir geringes Vertrauen, daß die zugesagte Prüfung zu positiven Ergebnissen von einiger Bedeutung führt.

Der Umstand, daß unser Kollege Legien es für erforderlich erachtete, zum Schluß noch einmal auf die Wichtigkeit der Arbeitszeitverkürzung hinzuweisen, deutet darauf hin, daß auch die Deputation von der in dieser Hinsicht abgegebenen Erklärung wenig befriedigt war.

Wir wollen die Bedeutung der Konferenz nicht herabsetzen. Bei der Stellung, welche die Regierung noch vor wenigen Jahren der Arbeiterbewegung gegenüber einnahm, war es ausgeschlossen, daß der Reichskanzler einem Wunsche der Gewerkschaftsvertreter nach einer Aussprache über schwebende Fragen so schnell Rechnung getragen hätte. Jetzt weiß man die Bedeutung der Arbeiterorganisationen zu schätzen, und man ist bemüht, die Arbeiterschaft bei guter Stimmung zu erhalten. Die Regierung stellt sich aber ihre Aufgabe in dieser Hinsicht gar zu leicht vor. Wir vermögen in der vom Reichskanzler, umgeben von einer Zahl hoher Reichsbeamten, den Gewerkschaftsvertretern gewährten Unterredung nicht viel mehr zu erblicken als eine schöne Geste.

Wir erwarten mehr von der Regierung; wir wollen Fortschritte sehen, die der Arbeiterschaft wirklich nützen. Auf dem Gebiet der Ernährung, in der Bekämpfung des Schleichhandels und des Wuchers ist bei weitem noch nicht das Gesehene, was möglich und durchführbar wäre. Wenn aber die Arbeiterschaft nicht ausreichend ernährt werden kann, dann muß versucht werden, durch Verkürzung der Arbeitszeit einen Ausgleich herbeizuführen. Die Regierung scheint einzusehen, daß auf diesem Gebiet etwas geschehen muß; die Klagerung, die darüber gefallen ist, be-

rechtigt jedoch nicht zu der Erwartung, daß ein ernsthafter Schritt geplant wird. Die Arbeiter werden sich auch in dieser Hinsicht selbst helfen müssen. Die Gewerkschaften werden auch im Hinblick auf die notwendige Verkürzung der Arbeitszeit die Initiative ergreifen müssen; zum mindesten dürften hierdurch die von der Regierung in Aussicht gestellten Prüfungen und Erwägungen beschleunigt werden.

Die Norddeutsche Holzberufsgenossenschaft im Jahre 1917.

Im Jahre 1917 hat sich die Zahl der versicherten Betriebe weiter vermindert, doch ist die Zahl der versicherten Arbeiter sehr beträchtlich gestiegen. Zur Berufsgenossenschaft gehörten 32 276 (im Jahre 1916 32 506) Fabrikbetriebe und 15 591 (16 148) handwerksmäßige Bautischereien mit weniger als 10 Arbeitern. Die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter (Vollarbeiter zu 300 Arbeitstagen) ist aber gegenüber dem Jahre 1916 von 155 168 auf 175 149 gestiegen. Diese Zahl bleibt jedoch hinter dem Friedensstand noch weit zurück. Im Jahre 1912 war der Höchststand mit 305 521 erreicht. Der Bericht führt die Steigerung der Zahl der Versicherten und deren Entgelt zum Teil auf die Mitnachweispflicht für die Kriegsgefangenen und deren Entgelt, zum Teil auch auf das weitere Emporschnellen der Arbeitslöhne, andererseits aber auch darauf zurück, daß die Industrie im vierten Kriegsjahr weit besser beschäftigt gewesen ist als im dritten.

Das „Emporschnellen der Arbeitslöhne“, das so hervorgehoben wird, ist jedoch, wenn man die Lohnsumme auf den Kopf des Vollarbeiters umrechnet, durchaus nicht so gewaltig. Der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst eines Vollarbeiters betrug im Jahre 1917 1401,53 M. Im Jahre 1916 hat er 1204,92 M., im Jahre 1913 1134,72 M. betragen. Das heißt, gegenüber dem Jahre 1916 ist der Durchschnittsverdienst um 16,3 Prozent, gegenüber dem Jahre 1913 um 23,5 Prozent gestiegen. Selbst wenn man in Betracht zieht, daß, wie der Bericht hervorhebt, viele weibliche und jugendliche Personen beschäftigt werden, wird man nicht behaupten können, daß das „Emporschnellen“ der Arbeitslöhne mit der Steigerung der Kosten der Lebenshaltung gleichen Schritt gehalten hätte. Die einzelnen Sektionen der Berufsgenossenschaft bieten sowohl hinsichtlich der Zahl der Versicherten als auch in bezug auf den Durchschnittsverdienst ein sehr verschiedenartiges Bild. In der nachfolgenden Tabelle geben wir die Zahlen für das Jahr 1913 sowie für die Jahre 1916 und 1917:

Sektion	1913		1916		1917	
	Beschäftigte Personen	Anrechnungsfähiger Lohn auf den Kopf der Versicherten M.	Beschäftigte Personen	Anrechnungsfähiger Lohn auf den Kopf der Versicherten M.	Beschäftigte Personen	Anrechnungsfähiger Lohn auf den Kopf der Versicherten M.
I Danzig . . .	23737	943,86	14572	1124,48	18281	1260,52
II Breslau . .	34332	867,67	20608	893,09	21436	1063,85
III Crossen a. O.	32909	1062,25	16374	1199,10	17487	1444,08
IV Berlin . . .	34888	1578,26	17607	1745,05	19064	2099,98
V Hamburg . .	26649	1263,62	11880	1285,42	13739	1463,08
VI Bremen . . .	42641	1106,23	23031	1186,92	27223	1377,94
VII Magdeburg .	22686	1014,53	12511	1101,88	13780	1264,86
VIII Hanau . . .	34613	1039,38	20080	1046,37	22255	1219,13
IX Köln	46175	1239,84	22191	1296,90	25483	1460,25
Insgesamt	301630	1134,72	158854	1204,92	178748	1401,53

Der Kriegsbeschädigtenfürsorge bringt der Vorstand, wie er sagt, wärmstes Interesse entgegen. Er hat seinen Mitgliedern wiederholt dringend ans Herz gelegt, Kriegsbeschädigte zu beschäftigen. Aber obwohl er feststellt, daß die Erfahrung gelehrt habe, daß körperlich beschädigte Arbeiter an geeigneter Stelle unter Beachtung gebotener Vorsichtsmaßnahmen ohne besondere eigene und der Mitarbeiterführung verwendet werden können, ist der Vorstand entschieden gegen eine gesetzliche Verpflichtung der Arbeitgeber zur Einstellung Schwerkriegsbeschädigter, und er hat seine Bedenken an zuständiger Stelle geltend gemacht. Damit wird der Wert des wärmsten Interesses, das der Genossenschaftsvorstand der Sache der Kriegsbeschädigten entgegenbringt, stark herabgedrückt. Gibt er doch selbst zu, daß es in den Betrieben Stellen gibt, wo Verletzte gefahrlos verwendet werden können. Wenn die den Kriegsbeschädigten entgegengebrachte Sympathie mehr sein soll als eine platonische Liebeserklärung, dann kann auf eine gesetzliche Verpflichtung zu ihrer Beschäftigung nicht verzichtet werden.

Sehr beträchtlich ist die Zahl der weiblichen und jugendlichen Arbeiter, die selbst an solchen Betriebseinrichtungen und mit Arbeitstätigkeiten beschäftigt werden, von welchen sie nach den Unfallverhütungsvorschriften ausgeschlossen sein sollten. Leider fehlen Zahlenangaben über den Umfang dieser Beschäftigung. Der Genossenschaftsvorstand gesteht auf ein vom Betriebsunternehmer einzureichendes Gesuch für die Kriegsdauer Ausnahmen von den Bestimmungen der Unfallverhütungs-

vorschriften, welche die Beschäftigung ungeeigneter Arbeitskräfte verbieten. Er stellt aber gewisse Bedingungen hinsichtlich der Auswahl, der Unterweisung und der Beaufsichtigung der zu beschäftigenden Personen. Wie es mit der Einhaltung dieser Bedingungen gehalten wird, kann man sich leicht vorstellen. Zum Ueberflus beständig es aber auch die technischen Aufsichtsbeamten. In ihrem Bericht heißt es: „Leider haben wir bei der Prüfung der Unfallursachen erkennen müssen, daß dieser Hinweis sehr häufig unbeachtet gelassen wird, und daß es den jugendlichen Arbeitern und weiblichen Personen, welche an Maschinen beschäftigt werden, noch sehr oft an einer gründlichen und sachgemäßen Ausbildung fehlt. Um die Unfälle dieser Personen aufs äußerste herabzumindern, ist es außerdem unbedingt erforderlich, daß eine strenge und sachgemäße Aufsicht über sie ausgeübt wird.“

Die umfangreiche Beschäftigung ungeeigneter Personen bewirkt eine unheimliche Steigerung der Unfälle. In welchem Maße sich die Unfälle vermehrt haben, zeigt die folgende Zusammenstellung:

Jahr	Durchschnittl. Zahl der verletzten Personen (Holzarbeiter)	Gemeinde Unfälle		Entschädigte Unfälle					Entschädigte Unfälle auf 1000 verletzten Personen
		Zahl	auf 1000 verletzten Personen	Erwachsene	Jugendliche unter 16 Jahren	insgesamt	männl.	weibl.	
1913	301630	16185	53,658	2608	32	134	7	2781	9,220
1914	245017	13914	56,788	2312	29	109	9	2459	10,036
1915	160176	10126	63,218	1515	25	80	1	1621	10,120
1916	155168	10425	67,185	1518	90	95	6	1709	11,014
1917	175149	12813	73,155	1653	195	139	26	2013	11,493

Seit Kriegsausbruch ist die Zahl der Unfälle, auf 1000 Vollarbeiter bezogen, von Jahr zu Jahr gestiegen. Im Jahre 1916 setzte die stärkere Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeiter auch an den Holzbearbeitungsmaschinen ein; die Wirkung zeigte sich sofort in der steigenden Zahl der Verletzten dieser Kategorien. Das Jahr 1913 hat schon, im Vergleich zu früheren Jahren, eine verhältnismäßig hohe Zahl verletzter weiblicher und jugendlicher Arbeiter gebracht, obwohl die Gesamtzahl der Verletzten hinter dem Durchschnitt der früheren Jahre zurückgeblieben war. Aber die hohen Unfallziffern von damals verschwinden hinter den Zahlen von 1916, und das Jahr 1917 hat eine sprunghafte Steigerung dieser Zahlen gebracht.

Sieht man in Betracht, daß nur solche Unfälle entschädigt werden, deren Folgen nach Ablauf von 13 Wochen noch nicht befristet waren, daß es sich hierbei also durchweg um schwere Unfälle handelt, dann kann man nur wünschen, daß alles getan werde, um die Zahl der Unfälle herabzudrücken. Das um so mehr, als den Verletzten nur ein Teil des erlittenen Schadens durch die Unfallrente ersetzt wird und das Streben der Berufsgenossenschaften darauf gerichtet ist, die Rente möglichst niedrig zu halten und sie nach kurzer Zeit ganz aufzuheben, wobei die angebliche Gewöhnung an den Unfall eine große Rolle spielt. Bei den im Jahre 1917 als entschädigungspflichtig anerkannten Unfällen wurde als Folge festgestellt: der Tod in 124 (im Jahre 1916 in 111) Fällen; dauernd völlige Erwerbsunfähigkeit in 4 (3) Fällen; in 1321 (1076) war dauernd teilweise und in 83 (79) Fällen vorübergehende Erwerbsunfähigkeit die festgestellte Folge der Verletzung. Die Getöteten haben 83 Witwen, 109 Kinder und 2 Ahnen (Eltern, Großeltern) hinterlassen.

Zur Ueberwachung der Betriebe stehen der Berufsgenossenschaft für alle 9 Sektionen nur 7 technische Aufsichtsbekämten zur Verfügung. Von diesen waren nur zwei während des ganzen Jahres tätig, die übrigen sind zum Heeresdienst eingezogen, davon zwei schon seit Kriegsbeginn. Das bei einer so mangelhaften Besetzung des Aufsichtapparats die Revisionstätigkeit alles zu wünschen übrigläßt, ist leicht zu begreifen. Eigenartig berührt die Befürchtung, daß es trotz unangesehener Bemühens nicht gelingen sein soll, esigerten Erfolg für die zum Heeresdienst einberufenen und für einen im Berichtsjahre verstorbenen Beamten zu beschaffen. Im ganzen Jahre wurden 380 (im Jahre 1916 577) Prozent der Betriebe mit 9,05 (13,04) Prozent der Arbeiter revidiert. In den Sektionen I (Danzig), II (Dresden), V (Hamburg), VIII (Hannover) und IX (Köln) haben überhaupt keine Revisionen stattgefunden! Wenn als Ergebnis der Revisionen mitgeteilt wird, daß 79,59 (im Berichtsjahr 57,10) Prozent der revidierten Betriebe in Ordnung befunden wurden, so will das unter diesen Umständen wenig besagen.

In 377 der revidierten Betriebe wurden 1499 Anordnungen im Interesse der Unfallverhütung getroffen. Für die Gleichgültigkeit vieler Unternehmer spricht es, daß noch in 72 Fällen der Einsatz der Sicherheit durch die runde Messerwerke an Abriemmaschinen angeordnet werden wurde. Die meisten Unfälle ereignen sich an Kreisfägen und Fräsen, und die Aufsichtsbekämten betonen, daß die Unfälle zum größten Teil auf die Unachtsamkeit und Leichtigkeit der Arbeiter zurückzuführen sind. Es liegt uns fern, zu behaupten, daß viele Unfälle zu verhüten wären, wenn die Arbeiter sich streng an die Unfallverhütungsvorschriften halten würden. Die Gleichgültigkeit der Arbeiter gegen die ihnen drohenden Gefahren ist ein Moment, das wir schon in der Friedenszeit mit allem Eifer bekämpft haben. Jetzt im Kriege, wo so viele ungeeignete Personen an den Maschinen beschäftigt werden, wäre eine strengere Beaufsichtigung der Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften doppelt notwendig.

Diese Aufsichtspflicht obliegt dem Unternehmer. Als ein Zeichen für die unzureichende Vereinbarkeit der Aufsichtsbekämten muß es befaßt betrachtet werden, wenn sie dem unachtsamen und leichtfertigen Arbeiter den unschuldigen Unternehmer gegenüberstellen. In dieser Hinsicht heißt es im dem Bericht: „Wie sich bei der Prüfung der Unfallursachen nach den Unfallanzeigen auch im laufenden Jahre ergeben hat, ist in den allerwenigsten Fällen der Unternehmer ein Verstoß nachgewiesen, da nur sehr vereinzelt die Schutzmaßnahmen an den betreffenden Maschinen, an deren Unfälle sich ereigneten, fehlten oder nicht in Ordnung waren.“ Wir erwarten die von den Unternehmern ergesetzten Unfallanzeigen als eine sehr schlechte Unter-

lage zur Feststellung der Schuld oder Nichtschuld des Betriebsinhabers an dem Unfall. Für die fehlende oder nichtbenutzte Sicherheitsvorrichtung ist in der Regel der Unternehmer verantwortlich. Er hat die Nichtbenutzung stillschweigend geduldet, wenn nicht sogar direkt oder indirekt veranlaßt.

Den Arbeitern muß aber immer wieder auf das dringendste geraten werden, sich weder durch Untreue noch durch offene oder versteckte Bemerkungen seiner Vorgesetzten dazu verleiten zu lassen, die Unfallverhütungsvorschriften zu mißachten. Die gesunden Glieder sind ein kostbares Gut, das vielfach erst zu spät in seinem wahren Wert geschätzt wird. Das muß den weiblichen, jugendlichen und sonstigen ungeübten Arbeitern immer aufs neue eingeschärft werden, und die erfahrenen Kollegen müssen bei der Bedienung der gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen durch die strengste Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften mit gutem Beispiel vorangehen.

Soziales.

Die neuen Postgebühren.

Durch das Gesetz vom 28. Juli 1918 sind die außerordentlichen Reichsabgaben bei den Post- und Telegraphengebühren erhöht worden. Praktisch bedeutet das eine Erhöhung der Postgebühren. Vom 1. Oktober an werden folgende Postgebühren erhoben:

- Postkarten.**
 - Im Orts- und Nachbarortverkehr 7½ Pf.
 - Im Inland und nach Oesterreich-Ungarn 10 "
 - Nach dem sonstigen Ausland 15 "
- Briefe.**
 - Im Orts- und Nachbarortverkehr bis 20 Gramm 10 Pf.
 - bis 250 Gramm 15 "
 - Im Inland und nach Oesterreich-Ungarn bis 20 Gr. bis 250 Gramm 25 "
 - Nach dem Ausland bis 20 Gramm 25 "
 - für je 20 Gramm mehr 15 "
- Drucksachen.**
 - Bis 50 Gramm 5 Pf.
 - 50—100 " 7½ "
 - 100—250 " 15 "
 - 250—500 " 25 "
 - 500—1000 " 35 "
- Nach dem Ausland treten zu dem Satz von 5 Pf. für je 50 Gr. 2 Pf. für Drucksachen bis 50 Gramm, 2½ Pf. für solche bis 100 Gr. und 5 Pf. für solche über 100 Gramm hinzu.

- Geschäftspapiere.**
 - Bis 250 Gramm 15 Pf.
 - Ueber 250—500 Gramm 25 "
 - Ueber 500—1000 Gramm 35 "
- Warenproben.**
 - Bis 100 Gramm 10 Pf.
 - Ueber 100—250 Gramm 15 "
 - Ueber 250—500 Gramm 25 "

- Pakete.**
 - Bis 5 Kilogramm auf Entfernungen bis zu 75 Km. 40 Pf.
 - Bis 5 Kilogramm auf weitere Entfernungen 75 "
- Für Pakete über 5 Kilogramm werden für die ersten 5 Kilogramm bei Entfernungen bis 75 Kilometer 55 Pf., bei weiteren Entfernungen 1 Mk. erhoben. Hierzu kommt ein Zuschlag, der für jedes Kilogramm bei Entfernungen bis 75 Km. 5 Pf., bis 150 Km. 10 Pf., bis 375 Km. 20 Pf., bis 750 Km. 30 Pf., bis 1125 Km. 40 Pf., darüber hinaus 50 Pf. beträgt.

- Briefe mit Wertangabe.**
 - Bis 75 Kilometer Entfernung 25 Pf.
 - Auf weitere Entfernungen 50 "
- Dazu die Versicherungsgebühr von 5 Pf. für je 300 Mk., mindestens aber 10 Pf.

- Postanweisungen.**
 - Bis 5 Mk. 15 Pf.
 - 100 " 25 "
 - 200 " 40 "
 - 400 " 50 "
 - 600 " 60 "
 - 800 " 70 "

- Telegramme.**
 - Für jedes Wort im Ortsverkehr 6 Pf.
 - Für jedes Wort im Fernverkehr 8 "
- Mindestbeitrag 15 Pf. Der Betrag ist erforderlichenfalls auf die nächstliegende, durch 5 teilbare Zahl nach oben oder unten abzurunden.

Die unzulängliche Ernährung.

Die Generalkommission der Gewerkschaften und der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei haben am 9. September wiederum eine Denkschrift an den Reichskanzler gerichtet, in welcher sie eindringlich auf die unerträglichen Zustände in unserem Ernährungswesen hinweisen. Mit besonderem Nachdruck wird in der Eingabe die Erhöhung der wöchentlichen Kartoffelration von 7 auf 10 Pfund gefordert. Es ist das die gleiche Forderung, für welche wir in dem Artikel zur Bekämpfung des Schleichhandels in Nr. 36 der „Holzarbeiter-Zeitung“ eingetreten sind. Wir haben dort die Erhöhung der wöchentlichen Kartoffelration auf 10 bis 12 Pfund gefordert und darauf hingewiesen, daß, wenn dafür gesorgt werde, daß sich jeder in legaler Weise an Kartoffeln satt essen kann, in sehr vielen Fällen das Bedürfnis fortfällt, sich hinterher mit Lebensmitteln zu versorgen. Ähnlich heißt es in der Denkschrift:

„Eine reichlichere Belieferung mit Kartoffeln wirkt dem Schleichhandel erfolgreich entgegen. Was drakonische Strafbestimmungen niemals erreichen können, würde durch sie erreicht. Die Bekämpfung der Kartoffelration von sieben Pfund muß die Bevölkerung als Begünstigung des Schleichhandels empfinden.“

Die Begründung des Verlangens nach einer Erhöhung der Kartoffelration bildet den Hauptteil der Denkschrift, die

sich im übrigen mit den unerträglichen Zuständen in unserem gesamten Ernährungswesen, mit der Preispolitik des Kriegs-ernährungsamts und dem sich immer mehr breitmachenden Schleichhandel beschäftigt. Sie schließt mit den Worten:

„Der Regierung ist die Stimmung in der Bevölkerung nicht unbekannt; sie darf ihr nicht gleichgültig sein. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir einem Zustand entgegenwirken, der verhängnisvoll werden muß, wenn die Regierung nicht endlich entschlossen ist, mit jeder Begünstigung der Produktionsinteressen zu brechen und den Lebensbedürfnissen des Volkes Rechnung zu tragen.“

Es ist nicht das erstmal, daß sich Generalkommission und Parteivorstand in der Ernährungsfrage an die Reichsregierung wenden. Man hat ihren Vorschlägen kein Gehör geschenkt und ihre Wünsche mißachtet. Die einseitige Rücksichtnahme auf die Interessen der Erzeuger trägt Schuld daran, daß sich die heutigen unhaltbaren Zustände herausgebildet haben. Jetzt hat sich das Uebel so eingefressen, daß es kaum möglich sein wird, es völlig auszurotten. Aber es ist die höchste Zeit, daß endlich ein ernster Anlauf genommen wird, die Ernährungsnot des Volkes auf ein erträgliches Maß herabzumindern, wenn man nicht Erschwerungen hervorrufen will, die zu verhalten die Regierung ein lebhaftes Interesse haben müßte.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 88. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 428408 Alwin Luberski, Tischler, geb. 2. 9. 87 zu Berlin.
 - 666708 Wilh. Röper, Tischler, geb. 10. 4. 94 zu Verne.
 - 707817 Selma Szurefin, Vergolderin, geb. 1. 5. 97 zu Czest.
 - 718809 Wilh. Eiz, Modelstecher, geb. 19. 2. 93 zu Hamburg.
 - 738790 Paul Sauer, M.-A., geb. 23. 10. 82 zu Lehrich.
 - 772778 Martha Kitowski, Pol., geb. 30. 9. 90 zu Czest.
 - 776292 Rich. Ruch, Tischler, geb. 31. 12. 63 zu Berlin.
 - 808313 Joh. Bruns, Tischl., geb. 24. 2. 00 zu Kirchhatten.
 - 809548 Paula Olenndorff, Korbf., geb. 25. 5. 97 zu Verne.
- Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.
Der Vorstand.

Unsere Lohnbewegung.

Die Durchführung der Nürnberger Vereinbarung.

Die Durchführung der mit dem Arbeitgeber-Schutzverband getroffenen Vereinbarung vollzieht sich in den Betrieben der Mitglieder dieser Organisation im großen und ganzen ziemlich glatt. Damit soll nicht gesagt sein, daß es überall ohne jede Reibung vonstatten geht, aber vorerst sind erhebliche Differenzen nicht gemeldet. Unser Verband hat es sich aber zur Aufgabe gemacht, die notwendigen Teurungszulagen in allen Betrieben der Holzindustrie zur Durchführung zu bringen und alle Arbeitgeberorganisationen des Holzgewerbes zur Anerkennung der getroffenen Vereinbarung zu bewegen. Die hierzu erforderlichen Schritte sind überall in die Wege geleitet, und wenn die in Betracht kommenden Kollegen auf dem Posten sind und sich fleißig rühren, dann werden auch die Bemühungen unserer Verbandsfunktionäre den gewünschten Erfolg zeitigen.

Nachstehend wollen wir aus der Fülle der beim Verbandsvorstand eingegangenen Berichte einige Stichproben geben. Zunächst sei der mit dem Süddeutschen Arbeitgeberverband für die Holzindustrie geschlossenen Verhandlungen gedacht. Unter dieser Firma hat sich die unter der Leitung des Direktors Hoffmann in Mannheim stehende Gruppe, die bisher dem Arbeitgeber-Schutzverband angehörte, selbständig gemacht zu dem ausgesprochenen Zweck, bei Verhandlungen mit dem Deutschen Holzarbeiter-Verband billiger wegzukommen als der Arbeitgeber-Schutzverband. Am 29. August und am 5. September wurde mit den Vertretern dieses Verbandes in Mannheim verhandelt. Ein Ergebnis wurde noch nicht erzielt, weil die gemachten Zugeständnisse noch erheblich hinter dem Inhalt der Nürnberger Vereinbarung zurückblieben. Damit ist die Sache natürlich nicht abgetan. Es liegt kein Anlaß vor, die Preisunternehmer, die sich in dem Süddeutschen Verband gesammelt haben, und deren Vertreter bei den Verhandlungen recht profig auftraten, etwa deswegen billiger davon kommen zu lassen als die vielen kleinen Meister im Reich, welche die Zulagen anstandslos zahlen. Die Bewegung in Süddeutschland ist also noch nicht zu Ende, und die Unternehmer würden es sich selbst zuschreiben haben, wenn infolge ihres Verhaltens schärfere Formen annehmen sollte.

Mit dem „Verband der Bleistift- und Pinselfabriken sowie verwandter Industrien“ in Nürnberg konnte bereits am 29. August eine neue Vereinbarung abgeschlossen werden. Bekanntlich sind auch die Unternehmern in der Bleistift- und der Pinselindustrie im vorigen Jahre aus dem Arbeitgeber-Schutzverband ausgetreten, weil ihnen bei den gesponserten Verhandlungen keine Extrazulagen geboten werden konnte und sie glaubten, so hohe Zugeständnisse wie die anderen Zweige der Holzindustrie nicht machen zu können. Trotzdem bewegen sich die jetzt bewilligten Teurungszulagen im großen und ganzen auf der Höhe der mit dem Schutzverband getroffenen Vereinbarung. Hier sind die Arbeiter- und Arbeiterinnen nach dem Alter in vier Gruppen geschlüsselt, von denen die unterste die Altersklasse von 16 bis 18 Jahren umfaßt. Die Zulagen werden ab 19. August und 1. Dezember gewährt und betragen für die Altersklasse über 22 Jahre bei den Männern 15 und 9 Pf., bei den Arbeiterinnen 7 und 5 Pf. In der Bleistiftfabrik A. W. Faber in Stein, bei dem Verträge gleichfalls untersteht, betragen die Zulagen bei dieser Altersklasse 14 und 8 bzw. 6 und 4 Pf. In der Bürstenfabrik Erlangen sind 13 und 7 bzw. 6 und 4 Pf. bewilligt. In den anderen Altersklassen sind niedriger

Zuschläge vorgesehen. Den neuen Teurungszulagen entsprechend sind auch die vertraglichen Mindestlöhne erhöht.

Der Rheinisch-Westfälische Tischlerinnungsverband operiert unter der Leitung des Herrn Küstelhaus schon seit längerer Zeit mit dem Westdeutschen Arbeiterbund für das Baugewerbe, der ein Zweig des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe ist.

Mit den Vertretern der Firma Brüning u. Sohn, die Betriebe in Langendiebach, Memel, Ragnit, Königsberg, Frankenberg und Pflueburg hat, wurde am 3. September in Berlin verhandelt.

Mit den Arbeitgebern in Herford, die eine eigene Organisation haben, welche dem Deutschen Industrie-Schutzverband (Siz Dresden) angeschlossen ist, wurde am 5. September eine Vereinbarung abgeschlossen.

Das gleiche gilt für die Vereinbarung, welche unser Berliner Gauvorsitzer am 6. September mit der Intern. Eisenbahn-Schlafwagengesellschaft in Zossen abgeschlossen hat.

Die Spezialwerkstätten für Wohnungseinrichtungen G. m. b. H. in Mühlendorf a. Inn sind ein neuer Betrieb, der erst im Entstehen begriffen ist.

In der Maschinenfabrik Anton Schlüter in Freising hatten unsere Kollegen Ende Juli durch den Arbeiterausschuß die Erhöhung des Lohnes um 30 Pf. und die Festsetzung eines Mindestlohnes gefordert.

In der Waggonfabrik Rathgeber in München wurde am 5. September in Gemeinschaft mit den anderen Verbänden verhandelt. Das Ergebnis war für unsere Kollegen eine Lohnerhöhung um 20 Prozent unter Anrechnung der kürzlich gewährten 15 Pf.

Bei den am 6. September für das Parlettgewerbe in München geführten Verhandlungen wurde der Vertrag um ein Jahr verlängert. Der Akkordverdienst wurde ab 1. August und 1. Dezember um je 10 Prozent erhöht.

Der Vertrag mit dem Verband deutscher Ristenfabrikanten in Leipzig ist um ein Jahr, bis zum 1. Oktober 1919, verlängert worden. Die Arbeitszeit wird am 1. Oktober 1918 und am 1. Januar 1919 um je eine Stunde auf 52 Stunden verkürzt.

Durch die mit den Arbeitgebern der Parlettbranche in Leipzig am 30. August getroffene Vereinbarung wird der Mindestlohn von 1,10 M. auf 1,50 M., der Akkordzuschlag von 25 auf 50 Prozent und der Mindestsatz für auswärtige Montagen auf 7 M. erhöht.

Für den Abschluß eines Tarifvertrages für das Sägeregewerbe in Sachsen, wie er in der am 7. Juli in Dresden abgehaltenen Sägerkonferenz gefordert wurde, läßt der Verein sächsischer Holzindustrieller als Kontrahent in Betracht.

Mit diesem Beschluß der Unternehmerorganisation ist natürlich die Sache nicht erledigt. In einer Reihe von Orten sind unsere Kollegen energisch vorgegangen, und sie haben damit auch bereits einige Erfolge erzielt.

ledig wurde nach einem fünfständigen Streit bei der Firma Leinbrod mit allen Unternehmern eine Vereinbarung getroffen, nach welcher die männlichen Arbeiter 10 Pf., die weiblichen und jugendlichen 5 Pf. Zulage erhalten.

Eine besondere Stellung nehmen die Stuhlfabrikanten ein. Die Vereinigung der Stuhlfabrikanten von Geringwalde und Umgegend und Waldheim und Umgegend hat sich in der an unsere Kollegen gegebenen Antwort auf den Standpunkt gestellt, daß der Wortlaut des Vertrages sie der Pflicht enthebe, auf die inzwischen rapid gestiegene Teuerung Rücksicht zu nehmen.

Die vorstehenden Mitteilungen geben nur ein unvollkommenes Bild von dem Umfang der zurzeit schwebenden Lohnbewegungen. Tatsächlich pulsiert in der gesamten Holzindustrie reges Leben, überall sind unsere Kollegen dabei, die Wirkung der unerträglichen Teuerung soweit als möglich abzuschwächen und sich Zulagen zu erringen.

Ausbau des Geschloßtarifs.

In der Sitzung des Tarifamts des deutschen Korbmacher-gewerbes vom 24. Juli 1918, von welcher ein Protokollauszug in Nr. 31 der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht wurde, lagen aus mehreren Orten Anträge der Korbmacher auf eine zeitgemäße Erhöhung der tariflichen Lohnsätze oder Bewilligung von Teuerungszulagen vor.

In Verfolg dieser Angelegenheit fand am 4. September eine Verhandlung im Kriegsamt statt, an welcher Vertreter des Kriegsamts, des Waffen- und Munitionsbeschaffungsamts (Wumba) und des Tarifamts der Korbmacher teilnahmen.

Die Neuerungen der Vertreter der Militärbehörden lauteten entgegenkommend. Das Wumba würde, wenn ent-

sprechende Beschlüsse des Tarifamts vorliegen, ihnen vor-aussichtlich nicht widersprechen, und es würde begrüßt werden, wenn bei dieser Gelegenheit Unstimmigkeiten in der Klassen-einteilung des Tarifs beseitigt würden.

Im Anschluß an diese Sitzung fand eine Besprechung der Obmänner des Tarifamts statt, in welcher seitens der Arbeitgeber vorgeschlagen wurde, eine Lohnerhöhung von 10 Prozent für die Großstädte in der ersten Klasse in Aussicht zu nehmen.

Gewerkschaftliches.

Das Jubiläum der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine.

Am 28. September 1888 fand in Berlin eine Arbeiter-versammlung statt, in welcher die von Dr. Max Hirsch vorgelegten Grundzüge zur Gründung von Gewerksvereinen angenommen wurden.

Aus Anlaß der fünfzigsten Wiederkehr des Gründungstages der Gewerksvereine hat deren Vorsitzender, Gustav Hartmann, eine kleine Schrift *) zur Verherrlichung des Gewerksvereinsgedankens herausgegeben.

Arbeitslosigkeit im Monat August 1918.

Table with columns for Gau, Arbeitslose Mitglieder am Orte, Unterstützung haben erhalten, and various sub-columns for statistics.

Von nachstehend angeführten Jahrestellen wurde ein Bericht nicht eingeleitet: Kolin - Friedland - Grünberg, Jauer, Kalkowitz, Nowitzsch, Schwerzen - Ungermünde, Orfien, Neuzelle - Großhartmannsdorf, Stolpen - Limbach, Penzig - Böhlen, Eisfeld, Gießhwalde, Gehren, Gräfenhain - Raasdorf, Gräfenhain, Waltershausen - Calbe, Giesleben, Wittenberg - Sadersleben - Burgdorf, Rieburg, Demmhausen - Eberbach, Janau, Kirchberg, Mühlheim, Spenger, Sprendlingen, Bittel, Zweibrüden - Rinsbach, Bodenwöhr, Cadolzburg, Gemünden, Helmrechts, Lauf, Neustadt a. A., Kolbenburg, Schopfloch - Jüssen, Mühlberg, Penzberg, Schwaben, Wolftratshausen - Dietrichheim, Bruchsal, Langenwälden, Körrach, Wehingen, Schwemlingen, Trospingen.

Zur besseren Uebersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit fügen wir noch folgende Vergleichszahlen bei:

warten ist, zeigt sie uns die Gewerkschaften als Musterorganisationen. Der unbefangene Leser findet jedoch keine Erklärung dafür, daß die großartigen Gedanken, die von den Gewerkschaften vertreten werden, bei den Arbeitern, auf die sie gemünzt sind, so wenig Gegenliebe gefunden haben. Allerdings lernt man aus der Broschüre selbst die Gründe, welche die Gewerkschaften in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung Deutschlands spielen, nicht kennen. Hartmann rühmt, daß die Gewerkschaften zurzeit einschließlich der 40 000 im Seeresdienst stehenden Mitglieder 119 200 Mitglieder haben. Ueber die Mitgliederzahlen der anderen Gewerkschaftsrichtungen wird nichts gesagt. Wenn man sich aber vor Augen hält, daß im letzten Friedensjahr die Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt betrug: bei den freien Gewerkschaften 2 548 763, bei den christlichen Gewerkschaften 342 785, bei den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 106 618, dann erkennt man, daß es mit der Sieghaftigkeit des Gewerkschaftsgebodens doch einen Haken haben muß.

So ist es auch in der Tat. Die Gewerkschaften rühmen gern, und selbstverständlich tut es der Verfasser auch in der vorliegenden Broschüre, ihre Unabhängigkeit von irgend einer politischen Partei. Das ist ein Versteckspiel, durch das keiner, der die Zusammenhänge kennt, getäuscht werden kann. Die Gründung der freien Gewerkschaften und der Gewerkschaften erfolgte ziemlich gleichzeitig. Zwei Tage nach der Eröffnung des von Freigilde und Schweiher einberufenen Allgemeinen Arbeiterkongresses, auf welchem eine Reihe von Gewerkschaften ins Leben gerufen wurde, fand die erwähnte Versammlung statt, in welcher Dr. Max Hirsch die Gründzüge der zu bildenden Gewerkschaften entwickelte. Diese Gewerkschaftsgründungen waren, wenn man näher zuseht, Kämpfe der politischen Parteien um die Seele des Arbeiters. Max Hirsch agitierte für die Fortschrittspartei, die bisher in den Arbeitern eine starke Stütze hatte. Seit der Agitation Lassalles begann diese Stütze zu wanken, und die Gründung der Gewerkschaften sollte ein Mittel sein, die Arbeiter wieder fester an die Fortschrittspartei zu fesseln.

Diese Dinge liegen lange zurück, aber mit dem gleichen Recht oder Unrecht, mit welchem die Gewerkschaften ihre politische Unabhängigkeit und Selbstständigkeit betonen, können das auch die anderen Gewerkschaftsrichtungen. Alle Gewerkschaftsrichtungen sind formell unabhängig von den politischen Parteien, tatsächlich bestehen aber ähnliche Beziehungen wie zwischen den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie und zwischen den christlichen Gewerkschaften und dem Zentrum, auch zwischen den Gewerkschaften und den Fortschrittlichen. Wenn hier die Beziehungen weniger klar zutage treten, so ist das hauptsächlich der Schwäche beider Faktoren zu danken. Die Gewerkschaften können mit ihrem geringen Anhang der Fortschrittspartei keine wesentliche Hilfe, insbesondere bei Wahlen, bieten. Und auf der anderen Seite haben die Fortschrittlichen über so wenige sichere Mandate zu verfügen, daß es ihnen sehr schwerfallen würde, selbst wenn sie es wollten, dem oft geäußerten Verlangen nach Ueberlassung von Parlamentsmandaten an hervorragende Gewerkschaftler Rechnung zu tragen. Auf den Kenner dieser Verhältnisse kann daher das Rühmen der Unabhängigkeit der Gewerkschaften von einer politischen Partei keinen Eindruck machen.

Die Gewerkschaften waren eine Reihe von Jahren hindurch in der Lage, als gewerkschaftliche Arbeiterorganisation Konkurrenzlos dazustehen. Das war, als die Gewerkschaften auf Grund des Sozialistengesetzes verfolgt und aufgelöst wurden. Aber auch in jener für sie günstigsten Zeit

haben sie auf die Arbeiterschaft keine besondere Anziehungskraft auszuüben vermocht. Damals ist der vielgenannte Revers eingeführt worden; wer Mitglied eines Gewerkschaftsvereins werden wollte, mußte die Erklärung unterzeichnen, daß er kein Sozialdemokrat sei. Die Geschichte des Reverses ist offenbar dem Verfasser entfallen gewesen, als er den Satz schrieb: „Sie (die Gewerkschaften) haben aber niemals einen Gewissenszwang weder in religiöser noch in parteipolitischer Beziehung auf die Mitglieder ausgeübt.“ Der Revers ist kein Ruhmesblatt in der Geschichte der Gewerkschaften; wir wollen aber hier nicht weiter darauf eingehen.

Wichtig ist es, daß die Gewerkschaften den Unterstützungseinrichtungen großen Wert belegten, als über ihre Zweckmäßigkeit in den freien Gewerkschaften noch heftig gestritten wurde. Es darf aber nicht übersehen werden, daß auch die vorsozialistengesetzlichen Gewerkschaften bereits beachtenswerte Unterstützungseinrichtungen hatten. Die gewerblichen freien Hilfskassen, die sich bis heute erhalten haben, waren ursprünglich meist Einrichtungen der alten Gewerkschaften, die durch besondere Umstände der Auflösung auf Grund des Sozialistengesetzes entgangen sind. Die Gewerkschaften hatten eine solche Periode der Verfolgung nicht durchzumachen, bei ihnen hatte die Entwicklung, wenn sie auch nicht vorwärtstam, doch eine gewisse Stetigkeit, die der Pflege des Unterstützungswesens günstig war. In den Gewerkschaften, über welchen fortwährend drohend das Damoklesschwert der Auflösung hing, hatte man begreiflicherweise geringe Neigung, Unterstützungseinrichtungen zu schaffen. Und die Stimmung, welche das Sozialistengesetz in der Arbeiterschaft hervorgerufen hatte, hat lange nachgewirkt. Es bedurfte einer Uebergangszeit, und als die Gewerkschaften nach Ueberwindung der inneren Gegensätze in dieser Frage schließlich dem Unterstützungswesen größere Aufmerksamkeit widmeten, haben sie die Einrichtungen der Gewerkschaften zwar nicht nachgeahmt, aber deren Leistungen sehr bald überflügelt.

Der wichtigste Unterschied zwischen den Gewerkschaften und den Gewerkschaften liegt in ihrer Stellung zum Streik. Ein Unterschied, der weniger in den geschriebenen Satzungen und in den Theorien als vielmehr in der Praxis in Erscheinung trat. Hartmann betont auch an verschiedenen Stellen der vorliegenden Broschüre die Friedensliebe der Gewerkschaften. Sie suchen vor dem Ausbruch eines Kampfes eine Verständigung mit dem Unternehmer, und schon im ersten Aufruf zur Gründung von Gewerkschaften wurde ausgesprochen, daß nur im Notfall zur Arbeitseinstellung geschritten werden soll. Auf dem gleichen Standpunkt stehen auch die freien Gewerkschaften. Der Unterschied besteht darin, daß die Gewerkschaften es nicht bei der Drohung bewenden ließen, sondern im gegebenen Fall von ihren Kampfsmitteln mit Wucht und Entschiedenheit Gebrauch machten. Dadurch setzten sie sich bei den Unternehmern in Respekt, und sie gewannen das Vertrauen der Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften dagegen wurden nicht müde, ihre Friedensliebe und den guten Willen zur friedlichen Verständigung zu betonen. Dieser gute Wille brachte ihnen aber nicht die erstrebten Vertragsabschlüsse; den Unternehmern imponierte eine solche Haltung nicht. Die Verträge der Gewerkschaften wurden eingeleitet durch die von den freien Gewerkschaften geführten Kämpfe.

Nun sind fünfzig Jahre seit der Errichtung der Gewerkschaften verfloßen. Schon bei ihrer Gründung waren sie überflüssig, und ihr Verschwinden würde auch heute keine merkbare Lücke hinterlassen. Aber sie sind da, und sie suchen

sich bemerklich zu machen, indem sie öfters ihre Stimme lauter erheben, als ihnen nach ihrer Bedeutung zukommt. Das ist ein Vergnügen, das wir ihnen gern gönnen. Wir geben auch zu, daß sie ihr Verhalten im Lauf der Zeit geändert haben; die Zeit, in der wir sie wegen ihres Verhaltens in gewerkschaftlichen Fragen auf das schärfste bekämpfen mußten, liegt schon eine Reihe von Jahren hinter uns. Allmählich haben sich die Gewerkschaften unserer Zeit angepaßt und damit ein Zusammengehen bei Lohnkämpfen und bei sonstigen wirtschaftlichen Fragen ermöglicht. Wenn in der Jubiläumsschrift den Gewerkschaften nachgerühmt wird, daß ihre Ideen mehr und mehr Gemeingut der deutschen Arbeiterschaft geworden seien, so zeugt das von dem Selbstbewußtsein der Gewerkschaften. Ihre wahre Bedeutung in der deutschen Arbeiterschaft wird dadurch nicht verliert.

Der Reichstaxi für die Lederhandlungsindustrie, der erfaßt dem 8. März 1918 in Geltung ist, wird vom Lederarbeiter-Verband zum 1. Oktober gekündigt; er läuft mit Jahresfrist ab. Hierbei handelt es sich nicht um die Durchführung eines vertraglosen Zustandes, vielmehr soll der Vertrag, der jetzt von fast allen Handschuhfabrikanten anerkannt wird, ausgebaut werden. Vor allem wird die völlige Beseitigung der den zentralen Charakter des Reichstaxi beeinträchtigenden „örtlichen Ergänzungen und Auslegungen“ angestrebt.

Literarisches.

Die Diktatur des Proletariats. Von Karl Rautsky. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Co. Preis 1,50 Mk. und 10 Prozent Teuerungszuschlag.

Der angesehene sozialistische Theoretiker setzt sich in der vorliegenden Broschüre mit der von den Bolschewiki in Rußland geübten Diktatur als Regierungsform auseinander; die er als undemokratisch entworfen vorwirft.

Kriegerverrenten und Familienversorgung. Führer für Kriegsinvaliden, Kriegerverwitwen und -waisen sowie Ansprüche auf die Versicherungsleistungen und Kriegsunterstützungen. Von Arbeitersekretär Gustav Kluge, Magdeburg. Preis 75 Pf. Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Lehnt für Alle — Technik und Industrie. Monatshefte für Elektrotechnik, Bau- und Maschinentechnik usw. Stuttgart, Francksche Verlagshandlung. Preis vierteljährlich 1,45 Mk.

Einen interessanten Einblick in die Entwicklung des Flugzeuges und was damit zusammenhängend ist, gibt die bekannte Zeitschrift in dem Doppelheft 4/5, das ausschließlich als „Flugzeugheft“ gedacht ist und von Fachmännern und Berufspilgern bearbeitete Aufsätze aus allen Gebieten des Flugzeugwesens enthält. Dieses Sonderheft ist auch einzeln zum Preise von 1 Mk. erhältlich.

Büchel, das Kapital und anderes. Von Ernst Preczang. In diesem neuesten Band der Vorwärts-Bibliothek gibt der bekannte Autor wieder einige schöne Proben seiner Erzählungskunst. Der Preis des gebundenen Buches beträgt 2 Mk. (Netto 20 Pf.).

Aus Deutschlands Waffenschatz. Mit zahlreichen Bildern und Tafeln. Von Dr. J. Reichert. Reichsverlag, Berlin-Schlendorfer-Platz. Preis 2,50 Mk.

Das Buch gibt einen Ueberblick über die deutschen Eisenreviere und Werksanlagen. Im übrigen enthält es ein hohes Loblied auf die Unternehmer der Schwerindustrie, und es sucht für deren Annexionspläne Propaganda zu machen.

Gestorbene Mitglieder.

Anton Binzer, 58 Jahre, gest. in Rempten.
 Karl Ruhmann, Schreiner, 75 J., gest. in Frankfurt a. M.
 Franz Sauryczinski, gest. in Schneidemühl.
 Franz Schudaiski, gest. in Schneidemühl.
 Franz Wante, gest. in Schneidemühl.
 Ludwig Polaszyl, gest. in Schneidemühl.
 August Dehso, gest. in Schneidemühl.
 Albert Krüger, gest. in Schneidemühl.
 Max Löbe, gest. in Schneidemühl.
 Hermann Bormann, 51 Jahre, gest. in Hartha.
 Hermann Wolf, Bergarbeiter, 34 Jahre, gest. in Brandenburg.
 Ernst Rannid, Drechsler, 42 Jahre, gest. in Lübben.
 Carl Becker, Tischler, 49 Jahre, gest. in Worms.
 Oswald Schulze, Maschinenarbeiter, 32 Jahre, gest. in Lützenwalde.
 Ehre ihrem Andenken.

Tischler auf Flugzeugteile gesucht. Deutscher Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Brandenburg an der Havel.

Erfahrener und durchaus selbständiger **Meister** für bedeutend vergrößerte Möbelwerkerei mit elektrischer Maschinenbetrieb zum möglichst baldigen Eintritt gesucht. **Gebr. Hans Köchl, Blumenhof, Alsenstein, Bahnhofsstr. 10, 11, 12.**

Einige tüchtige Tischler gesucht. **Gebr. Heilig, Somburg, Alsensteinstr. 7, 11.**

Tüchtiger Tischler auf bessere Möbel, auch Tischbelegungen, sucht **Friedrich Sperr, Jena, Sietzstraße 10.**

Tüchtige Tischler auf Bureaumöbel für unseren Fabrikneubau sofort gesucht. **Fr. Kahn, Bureaumöbelfabriken, Berlin, Brunnenstraße 196.**

1 Schneidemüller für Horizontalgatter sofort gesucht. **Arbeitsnachweis Eilenburg, Wilhelmstr. 5.**

Tischler, Stellmacher, Glaser werden eingestellt.

Meuselwitzer Holzwerk, Meuselwitz (S.-A.)

Behn Möbeltischler, auch Stuhl-, bauer stellt ein **Walter Hyan, Hüfnerwalde (N.-L.).**

Einen Tischler, welcher an Maschine Tischler auf eigene Möbel für sofort stellt noch ein **Carl Rewes, Tangerhütte.**

Junge Leute, welche Lust und Liebe zum Tischlerhandwerk haben, können solches erlernen unter guter, fachmännischer Leitung bei **Fr. Kahn, Bureaumöbelfabriken, Berlin, Brunnenstraße 196.**

Frauen für leichte Tischlerarbeiten zum sofortigen Eintritt gesucht **Fr. Kahn, Bureaumöbelfabriken, Berlin, Brunnenstr. 196.**

Tüchtige Polierer auf Schirm- u. Spatierböden verlangt **Alphonse Ludwig & Co., Stofffabrik, Berlin D., Gubenstr. 47.**

Tüchtige Drechsler sofort gesucht. **H. Reiber, Drechslermeister, Hensburg, Angelburger Straße 6.**

Mehrere Korbmacher für Rohförbe, später Geflochtenförbe, gesucht. **Thüringer Korbwaren-Fabrik Holz & Co., G. m. b. H., Radolfstadt.**

Einen Korbmachergehilfen sucht **E. Hojgräf, Korbmachermeister, Zeterow, Mecklenburg-Schwerin.**

Korbwarengeschäft

Mein seit 40 Jahren mit bestem Erfolg betriebenes Korbwarengeschäft, verbunden mit großer Werkstatt für Geflochtenröhrchen, ist wegen Krankheit sofort zu verkaufen. — Weiden noch vorhanden.

A. Gröbel, Stettin, Große Lastraße 72.

Holzkaisten für Friedensartikel können dauernd große Posten in Auftrag geben. Es handelt sich hierbei auch um dauernde Beschäftigung in Friedenszeiten. Tischlereien werden gebeten, Offerten unter **J. E. 7922 an Rudolf Mosse, Berlin SW.,** abzugeben.

Werkzeug - Neuheiten. Preislisten gratis und franko! **Otto Bergmann, Berlin SO., Oppolnerstr. 31.**

Möbelaufsätze ca. 180 Stück versch. Längen mod. und Muschelform

Möbelkonsolen 300 Paar versch. Muster, alles Fabrikat Kühnemann, gibt preiswert ab

THEOD. ESCHER
Eisenhandlung, Hanau a. M.

TISCHLER-FACHSCHULE DETMOLD

Ausbildung zum Meister, Werkmeister und Zeichner in kurzfristigen Kursen. Bekleidet von vielen Kriegsbeschädigten-Fürsorgestellen. Auskunft durch die Direktion: **B. Kolkhor**

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Berzariat vom Arbeitgeber-Schülerverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband

Wochenbericht vom Sonnabend, 7. September, bis Freitag, 13. September 1918

A — Im Laufe der Woche freie Arbeitsstellen. B — Offene Arbeitsstellen. C — Ermeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Tischler			Möbel-tischler			Maschinen-arbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Insgesamt
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	
Berlin	10	39	55	25	33	21	61	18	27	3	5	75	93	182	25	28			
Bremen		1	3	2			1	1				2	4		6	6			
Breslau			1	8			2		1	2			1	5		3	17		
Celle																			
Chemnitz	1	2		1	26											4		2	32
Eilenburg				3													8		3
Hof																			
Hamburg																			
Hannover																			
Hersford																			
Leipzig				9	84		7	2	2	1	5					1		8	13
Lübeck				2	7			2											
Zusammen	11	2	40	71	155	33	28	6	64	21	7	27	3	1	5	86	26	101	220
Vor. Woche	7	3	38	71	147	44	39	8	73	15	10	27	2		7	95	19	108	229

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.